



## Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» (Kostenbremse-Initiative)

Die Kosten der obligatorischen Krankenkassenversicherung seit deren Einführung 1996 sind stark gestiegen (siehe Grafik unten). Die Initiative will deshalb eine Kostenbremse einführen, damit sich die Kosten im Takt mit der Lohnentwicklung und dem Wirtschaftswachstum entwickeln. Der Bund muss laut der Initiative Massnahmen ergreifen, damit die Kosten nicht überproportional wachsen. Der indirekte Gegenvorschlag sieht vor, dass der Bundesrat festlegt, wie stark die Kosten steigen dürfen und muss bei einer stärkeren Kostenentwicklung Massnahmen prüfen. Der Gegenvorschlag tritt in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt und kein Referendum ergriffen wird.

### Ausgangslage

Die Krankenversicherung ist in der Schweiz seit 1996 obligatorisch und

wird weitgehend über Prämien finanziert. Die Behandlungskosten werden teilweise auch von den Versicherten durch Franchise, Selbstbehalt und Kostenbeiträge getragen. Eine Prämienverbilligung unterstützt zudem einkommensschwache Personen und wird von Bund und Kanton finanziert. Die Kosten sind seit der Einführung der Versicherung stark gestiegen. Dies liegt unter anderem an der demografischen Entwicklung in der Schweiz mit immer mehr älteren Menschen, an der technologischen Entwicklung von Therapieoptionen, und an Fehlanreizen im Gesundheitssystem.

Die Initiative verlangt, dass der Bund zusammen mit den Kantonen, Krankenkassen und medizinischen Leistungserbringern das Kostenwachstum im Gesundheitswesen an die durchschnittlichen Löhne und Wirtschaft koppelt.

## Zusammenfassung

### Ziel der Vorlage

Die Kosten in der obligatorischen Krankenversicherung sind stark gestiegen. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, soll der Bund Massnahmen ergreifen, falls die Prämien mehr als 20% stärker als die Löhne und Wirtschaft steigen. Der indirekte Gegenvorschlag sieht hingegen die Festlegung des angemessenen Kostenwachstums durch den Bundesrat vor.

### Argumente der Befürworter

Die Initiative würde alle Akteure dazu bringen, sich auf verbindliche Massnahmen zur Preisstabilität zu einigen. Dies habe eine disziplinierende Wirkung und setze bei den Fehlanreizen an. Die Qualität des Gesundheitswesens leide dabei nicht darunter.

### Argumente der Gegner

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Die Initiative sei zu starr: Teile des Kostenwachstums seien durch die Alterung der Bevölkerung sowie durch neue Therapiemöglichkeiten gerechtfertigt. Der Gegenvorschlag schaffe Transparenz und kontrolliere gleichzeitig die Kosten.

Konkret sieht die Initiative vor, dass Bund und Kantone kostendämpfende Massnahmen ergreifen müssen, falls das Kostenwachstum zwei Jahre nach Annahme der Initiative mehr als 20 Prozent des Lohnwachstums beträgt. Die Massnahmen müssen im Folgejahr greifen. Die langfristige Kostenbremse wird anschliessend vom Parlament im Gesetz festgelegt.

### Indirekter Gegenvorschlag

Bei einer Ablehnung der Initiative greift, solange kein Referendum dagegen ergriffen wird, der Gegenvorschlag. Mit diesem müsste der Bundesrat

Entwicklung Kosten obligatorische Krankenversicherung, Gesamtwirtschaft und Nominallöhne



Von 2012 bis 2022 sind die Kosten der obligatorischen Krankenversicherung pro Kopf um rund 31 Prozent gewachsen, die Gesamtwirtschaft um rund 10 Prozent pro Kopf und die Nominallöhne insgesamt um rund 6 Prozent.

Quellen: Bundesamt für Gesundheit (Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2022) und Bundesamt für Statistik (Wachstums- und Produktivitätsstatistik [WPS] und Schweizerischer Lohnindex [SLI] aufgrund der Daten der Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung [SSUV])

Hinweis zur Grafik nach dem Literaturverzeichnis. Quelle: Bundesrat (2024).

festlegen, wie stark die Kosten der Krankenversicherung maximal steigen dürften. Allfällige Kostenanstiege müssten vom Gesundheitswesen gerechtfertigt werden. Falls die Kosten stärker als vereinbart steigen würden, müssten entsprechende Massnahmen geprüft werden.

## Argumente der Befürworter

Das Initiativkomitee spricht von einer Prämienexplosion, mit Krankenkassenprämien von bis zu 15'000 Franken für eine vierköpfige Familie. Es gebe viele Ineffizienzen im System, weshalb das Kostenwachstum bekämpft werden müsse und alle Beteiligten in die Verantwortung genommen werden müssten.

Die Initiative sei wie die Schuldenbremse aufgebaut: falls die

Gesundheitskosten jährlich 20% stärker als die Löhne steigen, müsse der Bund Massnahmen ergreifen. Zwischen 2010 und 2020 hingegen seien die Gesundheitskosten um 400% stärker gestiegen als die Löhne.

Bereits heute könnten dabei 6 Milliarden Franken ohne Qualitätsverlust eingespart werden. Die Initiative habe dabei eine disziplinierende Wirkung auf Fehlanreize. Die Qualität der Gesundheitsversorgung solle dabei aufrechterhalten bleiben.

## Argumente der Gegner

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Während sie das Problem der steigenden Prämien ebenfalls anerkennen, sei die Kostenbremse zu starr ausgestaltet. Die Alterung der Bevölkerung und medizinische Fortschritte

rechtfertigten zum Teil auch Kostenanstiege. Diese Umstände berücksichtige der Gegenvorschlag.

Die Initiative berücksichtige diese Faktoren hingegen zu wenig. Es müsse differenziert vorgegangen werden, sodass die medizinische Versorgungsqualität aufrechterhalten werden könne.

Der Gegenvorschlag hingegen schaffe Transparenz, da das Kostenwachstum ausgewiesen und gerechtfertigt werden müsse. Darauf aufbauend könnten Ineffizienzen reduziert werden. Gleichzeitig wäre ein gerechtfertigter Kostenanstieg aufgrund der Alterung oder neuen Therapiemöglichkeiten weiterhin gewährleistet.

## Literaturverzeichnis:

- Bundesrat (2024). *Erläuterungen des Bundesrates – Volksabstimmung vom 9. Juni 2024*. Gefunden am 20. Mai 2024 unter [https://www.admin.ch/dam/gov/de/Dokumentation/Abstimmungen/Juni2024/Erlaeuterungen\\_Juni\\_DE\\_web.pdf.download.pdf/Erlaeuterungen\\_Juni\\_DE\\_web.pdf](https://www.admin.ch/dam/gov/de/Dokumentation/Abstimmungen/Juni2024/Erlaeuterungen_Juni_DE_web.pdf.download.pdf/Erlaeuterungen_Juni_DE_web.pdf)
- Initiative Kostenbremse. (2024). *Argumentarium*. Gefunden am 20. Mai 2024 unter [https://kostenbremse-jetzt.ch/wp-content/uploads/2024/04/Die-Mitte-Schweiz\\_Kostenbremse-Initiative\\_Argumentarium\\_230418\\_DE.pdf](https://kostenbremse-jetzt.ch/wp-content/uploads/2024/04/Die-Mitte-Schweiz_Kostenbremse-Initiative_Argumentarium_230418_DE.pdf)
- Parlament (2023). *Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)*. *Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung)*. Gefunden am 20. Mai 2024 unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210067>
- SRF (2024). *Streit um Grafik zur Kostenbremse-Initiative*. Gefunden am 20. Mai 2024 unter <https://www.srf.ch/news/schweiz/kostenbremse-initiative/abstimmungsbuechlein-streit-um-grafik-zur-kostenbremse-initiative>
- SRF (2024). *Die Argumente für und gegen die Kostenbremse-Initiative*. Gefunden am 20. Mai 2024 unter <https://www.srf.ch/news/schweiz/kostenbremse-initiative/abstimmungskampf-lanciert-die-argumente-fuer-und-gegen-die-kostenbremse-initiative>
- Verein Gesundheitswesen mit Zukunft. (2024). *Argumentarium*. Gefunden am 20. Mai 2024 unter [https://nein-zur-kostenbremse.ch/wp-content/uploads/2024/04/20240411\\_kostenbremse\\_argumentarium\\_a5\\_broschuere\\_fin.pdf](https://nein-zur-kostenbremse.ch/wp-content/uploads/2024/04/20240411_kostenbremse_argumentarium_a5_broschuere_fin.pdf)

*Hinweis: Die Grafik zeigt die Prämien- und Lohnentwicklungen in Prozenten. Gemäss einer [Beschwerde](#) sei diese Darstellung unangebracht, da das absolute Wachstum der Löhne in diesem Zeitraum (+ CHF 349) den Anstieg der Krankenkassenprämien (+ CHF 58) übersteigt. Allerdings ermöglicht die Darstellung in Prozenten die Betrachtung der Kostenentwicklung im Verhältnis zum Einkommen. Vimentis teilt diese Einschätzung zum Verständnis der Grafik mit der Bundeskanzlei, weshalb die Grafik an dieser Stelle gezeigt wird.*